

materiellen Kultur zielenden Plänen des Landesherrn gewichtige Hindernisse in den Weg legt. Der Gemeinsinn, der große Zug, das aufopferungsvolle Eintreten für verfassungsmäßiges Recht und geistige Freiheit, die Weite des Blickes für die Erfordernisse von Rechtspflege, Verwaltung und Wissenschaft, die früher die Stände ausgezeichnet, sie sind zum guten Teile verschwunden und an ihrer Stelle herrscht, namentlich seit der Abdrängung des Bürgerstandes aus dem Landtage, Verknöcherung der Formen vor, engherzige und kurzsichtige Kirchthumpolitik gegenüber höheren Zielen, eine einseitige Interessenvertretung, die sich hartköpfig jeder zeitgemäßen Neuerung entgegenstemmt.

Tatsächlich konnte das Fürstentum kaum bei Verteidigung des Landes auf sichere Unterstützung durch die Stände rechnen, geschweige denn im internationalen politischen und wirtschaftlichen Machtstreite kräftig auftreten. Angesichts solcher Verhältnisse ist es erklärlich, wenn sich Schröder, mit dem in diesem Punkte übrigens auch Pufendorf übereinstimmt, gegen das Steuerbewilligungsrecht der Stände wandte und in seiner Auffassung von der Notwendigkeit der Einherrschaft noch bestärkt wurde. Die Stände des Österreich seiner Zeit hatten ihre Rolle als staat- und kulturförderndes Element verloren und was sie dem Staate gaben, das war zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Und gerade in den Jahren der österreichischen Dienste Schröders setzte die Regierung Leopold I. mit energischen Vorstößen gegen die ständische Macht ein: die Verschwörung der ungarischen Magnaten hatte ein blutiges Ende gefunden, Strafkommissionen in Ungarn, die Aufhebung der ungarischen Verfassung, das Regiment des Gubernators Ampringen suchen den autonomistischen Geist jenseits der Leitha zu brechen; in den deutschen und böhmischen Erbländern nimmt das Landesfürstentum die Arbeit an den Rechtskodifikationen und Revisionen mit neuem Eifer wieder auf, der Kaiser schreibt wiederholt unter dem Titel der Türkensteuer allgemeine Vermögenssteuern, ohne die Stände zu befragen, aus, neue Gefälle, wie das Tabak- und Stempelgefäll, Versuche zur Einführung neuer Staatsmonopole, zur Durchsetzung einer allgemeinen Verbrauchsabgabe, der Akzise, zeigen, wie das Fürstentum strebt, finanziell von den Ständen unabhängig zu